

SECHS THESEN ÜBER DEMOKRATIE UND FASCHISMUS UND EIN SCHLUSS¹

1. Faschisten, alte und neue, sind weder das Produkt von *Traditionen* noch das Resultat spontaner, *individueller Einfälle*. Faschisten, die deutschen nach Weimar und die der jetzigen Republik ebenso wie die französischen, italienischen, dänischen oder rumänischen Faschisten sind *enttäuschte Nationalisten*; von der Politik jener Staatsführung, unter der sie leben, enttäuschte Nationalisten. D.h. sie rekrutieren sich - hierzulande und in anderen europäischen Staaten - aus *Anhängern* der demokratisch-kapitalistischen Herrschaft, besitzen die Staatsbürgerschaft ihres Nationalstaats, sind stolz auf diese und *teilen* die *zentralen Ziele* der demokratisch-kapitalistischen Führung. Sie sind - wie Brandt, Kohl, Schröder, Merkel, Lafontaine oder Fischer - *erstens* für die Sicherung und Ausdehnung ihrer nationalstaatlicher Macht nach innen und gegen staatliche Konkurrenz von außen, sie sind *zweitens* Anhänger von ökonomischem Wachstum auf kapitalistischer Grundlage, auf dem der Staatsreichtum basiert, mit dem die politischen Führer der Nation Macht, Einfluss, Größe mehren wollen, und sie legen *drittens* schwer Wert auf die Einheit des nationalen Volks, das für sie zentrale Produktivkraft im weltweiten Ringen um Stärkung der staatlichen Souveränität, ihrer ökonomischen Grundlagen und der Sicherung von Hegemonie darstellt. Faschisten beginnen ihre politische Karriere als gute, brave (demokratische) Nationalisten, denen Stolz auf die Heimat und Dienst am Vaterland schon so einige private Opfer wert ist.

2. Aus ihrer prinzipiellen Zustimmung zu den demokratischen Staatszielen wird bei solchen Nationalisten in der Demokratie *Enttäuschung*, wenn bzw. weil sie der Auffassung sind, dass die herrschende Politikerriege quer durch alle Parteien die höchsten Ziele der Nation *verrät*. Aus der Verratsdiagnose ziehen sie den Schluss, dass ihr zu Großem berufener Nationalstaat von den amtierenden Herrschern mindestens *ruiniert*, wenn nicht sogar zum *Untergang* verdammt ist.

Ihre Verratsdiagnose macht sich an folgenden Punkten fest:

- Sie entdecken volksfremde Elemente, die die Volkseinheit untergraben und damit die Produktivkraft „nationales Volk“ schwächen. Darunter fielen einst vor allem Bolschewisten/Kommunisten und Juden bzw. der „verjudete Bolschewismus“ (Hitler), der sich, obwohl undeutsch, im deutschen Volkskörper eingemistet hatte; darunter fallen heute vor allem „die Ausländer“.
- Sie beanstanden, dass der Staat sich zu sehr dem Kapital unterwirft, das seine Potenzen nicht in den Dienst der Nation stellt, also nicht national kalkuliert, sondern nach privater Kalkulation seinen Gewinn mehrt: wie, womit und wo auch immer.
- Und sie halten es für eine besonders verwerfliche Form von Vaterlandsverrat, dass ihre Heimat durch das Eingehen von Bündnissen mit Konkurrenten bzw. ehemaligen Feinden (EU, NATO...) ihr Höchstes, nämlich ihre nationale Souveränität preis gibt, statt deren weltweite Durchsetzung als wichtigste und rein nationale Aufgabe zu verfolgen.

3. Diese Untergangsdiaagnose der enttäuschten Nationalisten trifft die Staatsraison des demokratischen Kapitalismus und deren Umsetzung nicht. Denn die steht bei keiner demokratischen Partei zur Disposition. Allerdings leisten sich die Führer der Nation in ihrer

¹ Thesen zur Podiumsveranstaltung „Andere Liga gleicher Sport: Von demokratischem Nationalismus und faschistischer Ideologie“, 30.4.2009, veranstaltet von „fastforwardhannover.net“ (Mitschnitt der Debatte dort im Netz)

Umsetzung vom Prinzipiellen einige *kalkulierte Abstriche*, die aber allemal am nationalen Nutzen Maß nehmen:

- Nachwievor steht der Zweck 'Volkseinheit' hierzulande weit oben auf der politischen Agenda aller Volksparteien bzw. derjenigen, die es – wie Grüne/ Linke – erst noch werden möchten. Volksfeinde und volksfremde Elemente haben unter demokratischer Herrschaft nichts zu lachen: Der Kommunismus hat als zersetzende Kraft ausgemerzt zu werden; was die Nachkriegsdemokraten – hier haben sie das Erbe des deutschen Nationalsozialismus erfolgreich angetreten - z.B. mit dem KPD-Verbot und dem Antitotalitarismus als Staatsdoktrin umgesetzt haben. Ausländer haben, so lautet der zentrale ausländerpolitische Grundsatz, hier *im Prinzip* nichts zu suchen, eben weil sie Ausländer sind. Und wenn die Ausländerpolitiker einmal Ausnahmen von ihren Prinzipien machen - „Gastarbeiter“, Greencard etc. -, dann nur um die in der Regel armen Leute mit fremdem Pass möglichst nur vorübergehend für ihre nationale Zwecke auszunutzen. Die müssen dann die Drecksarbeit erledigen, fungieren als Lohndrücker und stellen eine zusätzliche, noch billigere und erzwungenermaßen noch willigere Reservearmee dar.

- Zwar macht sich der demokratische Staat, auf dessen Macht kapitalistisches Privateigentum gründet, in seiner Politik zum Diener des Kapitals und seines Wachstums – was die Staatsinterventionen in der aktuellen Krise überdeutlich belegen. Allerdings keinesfalls *uneigennützig*: Er weiß sich vielmehr als der zweite Nutznießer weltweiter kapitalistischer Ausbeutungserfolge; denn sein Staatsreichtum hängt von nichts anderem ab als von den Gewinnen dieser seiner Lieblingsbürger. Mit Steuern und Staatsschulden partizipiert er an privaten Erfolgen seines Kapitals.

- Die Bündnispolitik schließlich, der sich die europäischen Staaten und die USA verschrieben haben, *relativiert* zwar nationale Souveränität - wohlgemerkt: sie relativiert sie, gibt sie aber keineswegs preis. Die Nationalstaaten der EU öffnen ihre inneren Grenzen, verstärken umgekehrt die Kontrolle aller ihrer Außengrenzen gegen unerwünschte fremdstaatliche Grenzgänger, stiften gemeinsam Großkonzerne (Airbus) und legen schon mal ihre militärischen Ressourcen zusammen, um mit gebündelter Militärmacht unschlagbar zu sein. In allen Fällen will jeder beteiligte Nationalstaat an der Zusammenlegung der politischen, ökonomischen und militärischen Kräfte *für sich* profitieren.

4. Die enttäuschten Nationalisten erweisen sich also als *radikale Idealisten* demokratischer Grundsätze und Staatszwecke. Sie ertragen den *Realismus* der herrschenden Demokraten schlecht, welche genau wissen, dass sie ihre Ziele heute nicht in Konfrontation mit den USA und dem Rest Europas durchsetzen können, folglich die eine oder andere „Kröte“ schlucken, Kompromisse eingehen und Zugeständnisse machen müssen, dafür aber letztlich im Windschatten der Militärgrößmacht USA und im EU-Verbund immer zugleich ihre nationalen Anliegen voranbringen. Sie sehen dort den Untergang der Nation, wo die Demokraten an der Macht ihren Ausländerrassismus national kalkuliert relativieren, und betrachten die wachstumsorientierte Standortpolitik, die für alle regierenden Mannschaften in den normalen Konjunkturen des Kapitalismus den Königsweg zur Mehrung des Reichtums und der Größe der Nation bilden, als die staatliche Unterwerfung unter die Geschäfte von "vaterlandslosen Gesellen".

5. Und die Ergebnisse der Politik der Nachkriegsdemokratie sprechen für sich. Nach imperialistischen Maßstäben, an denen sich Deutschlands Führung seit nun mehr 60 Jahren misst, hat der einstige Kriegsverlierer eine Erfolgsgeschichte beeindruckender Art geschrieben:

- Das nationale Wachstum hat Deutschland in die erste Riege der kapitalistischen Nationalstaaten katapultiert. Es ist Exportweltmeister und seine Währung, die DM, fungierte als Grundlage des Euro, der es inzwischen zum zweiten Weltgeld gebracht hat..

- Politisch redet Deutschland im Club der Mächtigen – G7/8 – ein Wörtchen mit, versucht mit

der Waffe Europa daraus gegen die USA ein gewichtiges Wort werden zu lassen und ist, mit Produkten nationaler Rüstungsschmieden bei allen NATO-Kriegsfällen der Gegenwart dabei.

- Alle revanchistischen Ziele Deutschlands sind aufgegangen: mit der Einverleibung der DDR hat sich Deutschland um einen kompletten Staat mit Land und Leuten neue Größe verschafft; und der hegemoniale Zugriff auf osteuropäische Staaten, ihre Ressourcen und ihre strategische Bedeutung ist auch nicht von schlechten Eltern.

- Und bei all dem ist das nationale Volk in seiner – leider – übergroßen Mehrheit ganz bei der Sache und hat sich weder durch Arbeitslosigkeit, Hartz-IV, forcierte Ausbeutung, Reallohnsenkungen und Mindestlöhne noch durch zerstörte Umwelt, strahlende Atommeiler, ruinierte Lebensmittel und Pandämieaussichten und schließlich auch nicht durch Krisen und Kriege von seiner guten Meinung über Deutschland und seine wechselnden demokratischen Führer abbringen lassen. Die Wahlen belegen das ebenso wie jüngste Umfragen: „60% aller Deutschen sind stolz, Deutsche zu sein“ (FAZ, 30.04.09) Und die deutschen Gewerkschaften schließlich entblöden sich nicht, mit Deutschland als dem Land mit der euopaweit geringsten Anzahl von Streiktagen im Jahr auch noch anzugeben.

6. Die neuen Faschisten, die ihre Vaterlandsliebe heute als Partei (NPD, DVU, Reps) gegen die demokratischen Volksparteien ins Feld führen, sind deswegen mit ihrer Untergangsprophetie für deutsche Bürger, die ihren Blick fest auf die Erfolge der Nation gerichtet haben, ziemlich *un-glaubwürdig*. Ganz im Unterschied zu Weimar, wo die Nationalsozialisten mit dem Verweis auf territoriale Einbußen, Reparationspflichten, Ausstoß aus dem Völkerbund, einer aufmüppigen Arbeiterklasse, „volksfremden Elementen“ und was gestandene Nationalisten damals noch alles als unaushaltbare Schmach empfanden, Punkte machen konnten. Die imperialen Erfolge des demokratischen Kapitalismus sind *heute* der Grund für die *Mißerfolge* der Neofaschisten in ihrem Bemühen, an die Macht zu kommen. Die politische Verfolgung der NPD etc., die als unliebsame Konkurrenz nicht im Konzert der demokratischen Parteien erwünscht ist, tut ein Übriges dazu, dass die Neofaschisten in Wahlen regelmäßig ihre Probleme mit der 5%-Hürde – eine der „Lehren aus Weimar“ zur Zermürbung von "Extremisten" - haben. Und nur dort, wo moderne Faschisten in ihrer politischen Programmatik Anleihen beim Realismus der demokratischer Volksparteien machen – hierzulande abzulesen an der Politik der NPD in Landesparlamenten - , da haben sie Aussicht auf Teilhabe an der Macht (s. Italien etc.). Dadurch werden sie für größere Teile des Volkes wählbar: Kein Wunder, wo sie dann von der demokratischen Konkurrenz, die ihre eigenen politisch-programmatischen Fortschritte macht, kaum noch zu unterscheiden sind. Im übrigen hat das Nachkriegsdeutschland für den Fall von nationalen Notlagen, die es nicht mehr demokratisch handeln will, selbst längst vorgesorgt: Den *legalen* Übergang zu faschistischen Verfahren der nationalen Bewältigung von Krisen, Bürger- und sonstigen Kriegen haben die großen Volksparteien einmütig beschlossen, in ihren Notstandsgesetzen fixiert und erst kürzlich um einige hübsche Gesetzeswerke gegen „Terrorismus, Extremismus und organisierte Kriminalität“ ergänzt, Wenn *sie* einen Notstand der Nation feststellen, erlauben sich Demokraten den Übergang zum Faschismus ganz ohne Machtwechsel.

Linke Antifaschisten führen sich zur Zeit als Hilfstruppen des offiziellen demokratischen Antifaschismus auf, d.h. als Reinigungspersonal der Demokratie, das diese Herrschaftsform von braunen Flecken säubern will. Sie dürfen sich deswegen auch nicht wundern, wenn sich auf ihren Antifa-Demos Ministerpräsidenten und Repräsentanten der Volksparteien die Ehre geben. Den Faschismus bekämpft man nicht als nützlicher Idiot demokratischer Herrschaft. Da muss man schon den Sumpf, aus dem er erwächst, den *Nationalismus* in Führung und Volk, zum Gegenstand des Protests machen. Wer das will, der hat sich anders aufzustellen, eben nicht als bornierter Antifaschist, der es für seine national-moralische Pflicht hält, vor der *Möglichkeit* einer

Rückkehr der „barbarischsten Form bürgerlicher Herrschaft“ zu warnen, sondern als Kritiker der *real-existierenden* Barbarei des Kapitalismus und der Machtausübung *real-existierenden* demokratischen Herrschaft.